



Perlachgucker

Zeitung der DKP Augsburg

Juli 2013

Kontra

Spontaner Protest
gegen NPD **Seite 2**

Abstimmung

Nein zur Schulden-
bremse **Seite 3**

Das Letzte

Mietwucher in Augs-
burg **Seite 4**

Zeit der leeren Versprechungen

Landtags- und Bundestagswahlen stehen bevor



Was ist, wenn Ministerpräsident Horst Seehofer die Studiengebühren abschafft und Arbeitsministerin Ursula von der Leyen vom Mindestlohn schwärmt? Wenn die Bayern-SPD auf Tapetenwechsel setzt und Linken-Fraktionschef Gregor Gysi eine Ausstellung mit 500 Marx-Figuren eröffnet? Wenn Wirtschaftsminister Philipp Rösler für eine Lohnuntergrenze wirbt und Bundeskanzlerin Angela Merkel die „Eiserne Lady“ gibt, während der Süden Europas ausblutet? Und wenn die CSU verlangt, eine Autobahngebühr für Durchreisende einzuführen während gleichzeitig der Bauminister Ramsauer laut von der Wiedereinführung der Eigenheimzulage träumt?

Na klar, es ist Wahlkampf. Wenn uns die Parteien das Blaue vom Himmel versprechen und auf riesigen Wahlplakaten das WIR wieder groß geschrieben wird, dann wird wieder versucht, uns mit unmögli-

chen Versprechungen zu kaufen. Man kann kaum noch etwas ernst nehmen, was die „Volks“-Parteien sagen, kaum ein Straßenfest oder ein Klassentreffen findet mehr ohne die Begrüßung von Bundestagskandidaten oder die Rede einer Landtagskandidatin statt. Dann werden wir wieder verarscht: die großen Parteien, die sich seit Jahren nur an der Macht abwechseln, verhalten sich so, als würde Geld vom Himmel regnen. Sie wollen ja „nur“ unser bestes - unsere Stimme.

Was bisher noch gar kein Wahlkampfthema ist – damit läßt sich ja auch kaum fette Werbung machen – ist, dass wir bei den Landtagswahlen auch über die Aufnahme einer „Schuldenbremse“ abstimmen sollen. Infos dazu sind bislang Fehlanzeige. Wir haben versucht, uns ein Bild davon zu machen.

Mehr hierzu auf Seite 3.

Willkommen beim Perlach- gucker!

Sie halten eine neue Zeitung für Augsburg in der Hand. Der „Perlachgucker“ ist die Stimme der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) in der Brechtstadt. Wir denken, dass eine andere Sichtweise auf die Entwicklungen in unserer Stadt notwendig ist, denn „Augsburger Allgemeine“, Bayerischer Rundfunk & Co. berichten nicht aus der Sicht der Betroffenen. In unserer schönen Stadt liegt aber vieles im Argen. Um das zu ändern ist es zunächst notwendig, Missstände wahrzunehmen. Doch wer soll das tun, wenn nicht wir – die Damen und Herren der etablierten Parteien im Stadtrat, im Landtag und im Bundestag haben längst bewiesen, dass sie es nicht sind.

Der „Perlachgucker“ ist eine neue Zeitung – aber eine mit bereits langer Geschichte. Unter unserem Namen erschien bereits ab 1976 bis Ende der 80er Jahre eine Zeitung der DKP Augsburg. In den 90er Jahren fehlte dann die Kraft, dieses Blatt herauszugeben. Nun unternehmen wir einen neuen Anlauf. Ob er erfolgreich sein wird, hängt auch von Ihnen ab: Unterstützen Sie uns mit Ihren Ideen, mit Beiträgen und – wenn sie wollen und können – gerne auch mit einer Spende.

Wie Sie uns erreichen, entnehmen Sie bitte der Seite 4

Spontaner Protest gegen NPD

Nazis richteten erneut Veranstaltung im Grafstüberl aus

Am 15. Juni wollte der NPD-Landesverband Bayern ursprünglich seinen Landesparteitag in der Nähe von Kulmbach in Oberfranken veranstalten. Aufgrund eines kurzfristigen Verbots entschied die neofaschistische Partei kurzfristig, ihren sogenannten „Bayerntag“ in Augsburg zu veranstalten. Es war nicht das erste Mal, dass die NPD im Grafstüberl am Oberhauser Bahnhof zu Besuch war. „Bereits in den vergangenen Monaten kam es öfters zu Veranstaltungen der Faschisten in dieser Kneipe“, erklärte ein Antifaschist gegenüber Perlachgucker. „Oft waren dort hochrangige NPD-Mitglieder zugegen, wie heute Udo Pastörs,“ so der Aktivist weiter.

Die Augsburger Öffentlichkeit und lokale antifaschistische Gruppen erfuhren zwar erst in der Nacht zuvor vom Auftritt der NPD in ihrer Stadt. Das verhinderte jedoch nicht eine schnelle Vernetzung und die Initiierung von Gegenprotesten. Bereits am späten Vormittag sammelten sich Linke aller Couleur am Vorplatz des Oberhauser Bahnhofs.

„Erst nach einer kleineren Auseinandersetzung“, wie uns ein Teilnehmer berichtete,

der sich seit Vormittag mit einigen anderen Antifaschisten am Oberhauser Bahnhof postierte, kam es zu einem größeren Polizeieinsatz im Viertel. Die Beamten sperrten mit ihren Fahrzeugen die Grafstraße vor der Kneipe ab.

Kurz darauf meldete ein Gewerkschafter bei der Polizei eine spontane Kundgebung an. Mit Hilfe eines Megaphons, Trillerpfeifen und eines Transparents formierten rund 50 Menschen einen lautstarken Protest gegen den Parteitag der Faschisten. „Wir wollen hier keine Neonazis, keine Faschisten. Dass in München gerade der Prozess gegen die mutmaßliche rechtsextreme Terroristin Beate Zschäpe und ihrer Helfer stattfindet, dass wir einen Untersuchungsausschuss im bayrischen Landtag haben der sich mit der staatlichen Verstrickung des NSU befasst, zeigt dass endlich Schluss mit dieser menschenfeindlichen Ideologie sein muss,“ unterstrich der bayrische Landtagsabgeordnete Harald Güller.

Neben dem Anmelder von der Gewerkschaft NGG, der die Anwohner über die Gründe für die Aktion informierte, sprach ein Mitglied der Sozialistischen Deut-

schen Arbeiterjugend (SDAJ). Dieser verdeutlichte aufgrund der Geschichte des Stadtviertel weshalb gegen die Faschisten protestiert wird. „Oberhausen war zu früherer Zeit ein großes Arbeiterviertel. Viele hier waren Kommunisten, Sozialdemokraten oder Gewerkschafter und wurden daher von den Nazis in eines ihrer vielen Konzentrationslager deportiert und dort ermordet.“

„Oberhausen ist das Viertel mit der höchsten Migrationsrate Augsburgs“, unterstrich auch der Anmelder. Unter den Teilnehmern waren ebenfalls viele Anwohner mit Migrationshintergrund, andere Anwohner applaudierten den Aktivisten für ihren Protest.

„Wir sehen den heutigen Protest sehr positiv. Zum einen aufgrund der kurzfristigen Mobilisierung und zum anderen, weil wir denken, dass durch unseren Protest der Landesparteitag immens gestört wurde. Viele der Neonazis wurden während der Proteste von der Polizei nach Hause eskortiert, bis zum Ende der Proteste nahezu der gesamte Parteitag aufgelöst war,“ so die Einschätzung der SDAJ zu den Protesten.





„Schuldenbremse“ bedeutet Kahlschlag

Volksabstimmung am 15. September: Sagt NEIN

Die bayrische Landtagswahl unterscheidet sich diesmal von früheren Urnengängen. Die Staatspartei CSU versucht nicht nur, Bayern in ihrer reaktionären, arbeiter- und jugendfeindlichen Hand zu halten. Diesmal soll auch über die von CSU, FDP und Freien Wählern beantragte und von der SPD und dem bayrischen Rechnungshof unterstützte Verfassungsänderung zur „Schuldenbremse“ abgestimmt werden. Diese „Schuldenbremse“ sieht vor, bis 2030 in den bayrischen Haushaltsplänen ohne neue Kredite auszukommen.

Durch Subventionen und Steuergeschenke für Unternehmen und Großkonzerne, das Umlegen der Krisenkosten auf die Staatskassen – und damit letztlich auf die einfachen Menschen – sowie durch den Verkauf öffentlichen Eigentums wurden die Kommunen in die Verschuldung getrieben, an denen die Bankhäuser kräftig verdient haben. Während den Krisenverursachern das Geld hinterher geworfen wird, werden uns die Kosten aufgedrückt: Das Sozialsystem wird immer weiter abgebaut und Lohnabhängige gezielt in prekäre Beschäftigungsverhältnisse wie Zeitarbeit gedrängt. Diese Politik der Herrschenden, die Lasten der Krise auf die Bevölkerung umzuwälzen, findet in der Schuldenbremse ihre Fortsetzung. Sparzwang, kommunale Verarmung sowie Privatisierung öffentlichen Eigentums werden mit ihr verfassungsrechtlich legitimiert.

In Hamburg, wo die Schuldenbremse schon seit drei Jahren Gesetz ist, setzte der Senat wegen ihrer Kürzungen im Umfang von 65 Millionen Euro bei der Kinder- und Jugendarbeit durch. Jugendzentren, Betreuungseinrichtungen und Spielplätze sind dadurch in ihrer Existenz bedroht. Vier Jugendclubs, zwei Mädchentreffs, alle Spielhäuser und ein Bau-spielplatz sollen geschlossen werden. Vor allem für Jugendliche aus ärmeren Familien, die diese Einrichtungen am häufigsten nutzen, ist das ein Skandal.

Der Hamburger SPD-Senat nennt das „Standortoptimierung“. Wie so oft bestätigt sich damit erneut, dass sich in der bürgerlichen Politik hinter dem schönsten Wort die größte Schweinerei verbirgt. Auch das Budget für die Hamburger Hochschulen ist von den „Optimierungen“ betroffen: Steigende Preise in der Mensa, prekäre Beschäftigungsverhältnissen für das Personal.

Auf Bundesebene und in den meisten Ländern haben die Herrschenden die „Schuldenbremse“ und damit die juristische Legitimation des Sparzwangs und damit der systematischen Zerstörung des Sozial- und Bildungswesen schon durchgedrückt. In Bayern haben wir noch die Chance, das alles zu verhindern. Wenn aber bei der Landtagswahl die Verfas-

sungsänderung zur Schuldenbremse durchgehen sollte, sind auch bei uns Schließungen von Jugendzentren, Kitas und Sozialeinrichtungen sowie weitere Kürzungen im Bildungswesen, Stellenabbau im öffentlichen Dienst und die Privatisierung von öffentlichem Eigentum vorprogrammiert.

Schon ohne „Schuldenbremse“ leidet die Arbeit des Stadtjugendrings in Augsburg bereits jetzt unter chronischer Unterfinanzierung. So ist noch ungewiss, ob die Mittagsbetreuung an einigen Augsburger Schulen und die Subventionierung von Mensapreisen vom Jugendring noch weiter geleistet werden können. Wird der Sparzwang erst in unsere Landesverfassung aufgenommen, ist mit noch viel weitreichenderen Kürzungen zu rechnen.

Dem Plan der Herrschenden, mit der „Schuldenbremse“ unsere Kommunen kaputtzusparen, muss ein Strich durch die Rechnung gemacht werden: Geht am 15. September zu den Wahlurnen und stimmt gegen die Verankerung der Schuldenbremse in unserer Landesverfassung. Werdet aktiv gegen den dreisten Angriff auf Jugendeinrichtungen und Sozialprojekte. Sagt nein zum Abbau von Schulden auf Kosten von Jugendlichen und sozial Schwachen.

Mietwucher! Wohnen in Augsburg wird unbezahlbar

„Wohnen ist ein Grundrecht“ ist sich die DKP mit den Mietervereinen einig. Schon im Grundgesetz sind die „Unantastbarkeit der Menschenwürde“, das „Recht auf körperliche Unversehrtheit“ und das „Recht auf die freie Entfaltung der Persönlichkeit“ festgeschrieben – ein Leben dieser Grundrechte ist ohne angemessenen Wohnraum kaum möglich. Doch wie ist es um das Grundrecht auf Wohnen bestellt?

„Wohnraum in Augsburg verteuert sich von Jahr zu Jahr“ (Mieterverein Augsburg)

Seit Jahren steigen die Mietpreise auch in der Brechtstadt kontinuierlich an. Augsburg gibt zwar keinen Mietenspiegel heraus, der die Preissteigerungen deutlich machen würde, doch der Mieterverein einerseits und die Wohnungsbaugenossenschaften andererseits bestätigen die Verteuerung der Mietpreise. In der Innenstadt sind die Mieten besonders rabiät erhöht worden. So kostet der Quadratmeter Wohnraum bei Neuvermietungen mehr als 8,50 Euro, teilweise sogar mehr als 10 Euro. Doch zur Miete kommen bei den meisten Wohnungen noch satte Maklerprovisionen hinzu.

Meistens sind das mindestens zwei Monatskaltmieten, die man schon zahlen muss, um eine Wohnung mieten zu dürfen. Von einem Lehrlingsgehalt oder der Rente ist das nicht mehr bezahlbar. Familien, Geringverdienende, Azubis und Senioren müssen immer öfter in Randbezirke ausweichen.

Bei Altbauten steigen jährlich und bei Neuvergaben die Mieten, obwohl viele dieser Gebäude längst saniert werden müssten. Viele Gebäude werden von ihren Eigentümern auch bewusst nicht vermietet, damit sie leer stehen und verrotten. Statt sie wieder bewohnbar zu machen, werden sie dann nach einiger Zeit durch – meist grässliche – Neubauten ersetzt. Diese sind – vor allem im Stadtzentrum – von Anfang an nur für Besserverdienende gedacht. An die arbeitende und lernende Bevölkerung denken die Spekulanten und Miethaie nicht. Ein Teufelskreis, denn durch die teuren Neubauten werden Stadtviertel „aufgewertet“, was dazu führt, dass die Mieten auch für die anderen Einwohner eines Viertels steigen.

Wenn bezahlbarer Wohnraum fehlt und den Altbauten an nahezu jeder Ecke leer stehen, sollte es niemanden wundern,

wenn soziale Aktivisten diese Gebäude besetzen.

„Damit Wohnen nicht zum Luxus wird: Wir brauchen mehr sozialen Wohnungsbau“

In vielen Städten, in denen die Mietpreise bereits enorm gestiegen sind, formiert sich Widerstand. Bürgerinitiativen sagen Immobilienspekulanten den Kampf an. Gefordert wird der Bau von mehr Sozialwohnungen, also Wohnungen, deren Mieten nach sozialen Maßstäben geregelt und nicht den Rendite-Erwartungen von Aktionären oder Privateigentümern unterworfen sind.

Zwar kann sozialer Wohnungsbau die Verdrängung der Bevölkerung in Randbezirke stoppen. Doch die Ursache an sich wird damit nicht bekämpft: die Kluft zwischen Reichtum und Armut. Erst durch eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums aus den Händen der Großkonzerne an die Bevölkerung kann auch das Grundrecht Wohnen für alle ermöglicht werden und die Stadt wieder in den Besitz der arbeitenden und lernenden Bevölkerung gelangen.

UZ-Sozialistische Wochenzeitung der DKP



UZ Rote Fahnen sieht man besser!

Jetzt kostenlos 10 Wochen testen!

Name Vorname

Straße

PLZ / Ort

CommPress Verlag GmbH • Hoffnungstraße 18 • 45127 Essen • Fax: 0201-24 86 484 • www.unsere-zeit.de

Online-Tipps

www.dkp-augsburg.de

Aktuelle Informationen der DKP aus Augsburg und Umgebung

www.dkp.de

Homepage der DKP mit Informationen aus Gruppen, Betrieben und Gewerkschaften, hier und überall

www.unsere-zeit.de

Internetseite unserer bundesweiten Wochenzeitung

www.redglobe.de

Unabhängiges Nachrichten-portal mit internationaler Berichterstattung

www.jungeWelt.de

Linke überregionale Tageszeitung mit Biss

Perlachgucker wird herausgegeben von der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) Augsburg.

V.i.S.d.P.: Andreas Spector, c/o Hans-Beimler-Zentrum, Manlichstr. 3, 86154 Augsburg. Kontakt: info@dkp-augsburg.de, www.dkp-augsburg.de, auf Facebook oder jeden Montag zwischen 19.00 und 20.30 im Hans-Beimler-Zentrum